

Studie zu Konflikten in Unterkünften für Geflüchtete: Ergebnisse

Mit unserer Studie wollten wir herausfinden, welche Konflikte es in Unterkünften gibt und wie sie in Zukunft vermieden werden können. Dafür haben wir insgesamt 33 Unterkünfte in Nordrhein-Westfalen besucht und mit über 220 Menschen gesprochen, darunter BewohnerInnen, Personal, Sicherheitsdienste, Reinigungskräfte, städtische Angestellte und MitarbeiterInnen von Beratungsorganisationen.

Aufbauend auf den Ergebnissen unserer Studie haben wir diese Empfehlungen für ein besseres Zusammenleben entwickelt und an die Politik, Verwaltung und Betreiber von Unterkünften weitergegeben:

Unterbringung in Wohnungen oder Wohneinheiten und transparente Gestaltung von Asylverfahren

Viele Konflikte entstehen aufgrund der Unterbringung in großen Gemeinschaftsunterkünften und des Asylverfahrens. Wir empfehlen daher eine Unterbringung in Wohnungen bzw. in geschlossenen Wohneinheiten mit Möglichkeiten zur Selbstverpflegung. Es muss unbedingt sichergestellt werden, dass Geflüchtete alle notwendigen Informationen zum Asylverfahren faktisch erhalten und das Verfahren verstehen können. Die Verfahren müssen zudem deutlich schneller ablaufen, da Ungewissheit eine erhebliche psychologische Belastung bedeutet.

Mit- und Selbstbestimmung fördern

In vielen Unterkünften gibt es keine Möglichkeiten für die BewohnerInnen, Entscheidungsprozesse mitzugestalten. Hierdurch entsteht bei Bewohnern Frustration und ein Gefühl von Hilflosigkeit. BewohnerInnen sollten aber ihr Leben in der Unterkunft eigenverantwortlich mitgestalten können und ihre Bedürfnisse müssen ernst genommen werden. Dazu zählt zum Beispiel auch die Beteiligung an Gestaltung der Räumlichkeiten und am angebotenen Essen. Alle BewohnerInnen sollten die Möglichkeit haben, ihre Beschwerden gegenüber einer Instanz unabhängig von der Unterkunftsbetreuung, falls gewünscht in ihrer Sprache, anbringen zu können, damit Machtmissbrauch verhindert werden kann und Beschwerden nicht an Sprachschwierigkeiten scheitern.

Qualitätsstandards schaffen

Für Unterkünfte bedarf es baulicher Mindeststandards. Die Qualifizierung aller MitarbeiterInnen sollte ihren Tätigkeiten entsprechend gesetzlich festgeschrieben sein und es sollte die Möglichkeit zur Weiterbildung geben. Informationen über BewohnerInnen (z.B. Krankheiten), die schon in Landeseinrichtungen erhoben wurden, müssen anhand standardisierter Bögen von Landes- an kommunale Unterkünfte weitergegeben werden, um Missverständnisse und eine zusätzliche Belastung der BewohnerInnen und MitarbeiterInnen zu vermeiden.

Gleichbehandlung garantieren

Alle BewohnerInnen müssen gleich behandelt werden. Zwischen Mitarbeitern und Bewohnern sollte ein respektvoller Umgang, klare Kommunikation und professionelle Distanz herrschen. Auch Unterstützungsangebote (z.B. Sprachkurse) müssen allen Bewohnern offen sein. Die Regeln zum Umgang bei Verstößen müssen für alle Menschen transparent sein und gleich gelten.

Schutz für Opfer

Wenn es zu Gewalt, insbesondere auch bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, kommt, müssen alle Opfer professionelle Hilfe bekommen. Orte, die BewohnerInnen als unsicher empfinden (z.B. Duschräume, die nicht abgeschlossen werden können, dunkle und abgelegene Orte) sollte es in Unterkünften nicht geben. Wo es diese gibt, müssen sie dringend baulich verändert werden.

Über unsere Studie wurde schon in verschiedenen Zeitungen und online berichtet. Wir werden weiterhin mit Mitarbeitern in Unterkünften, Verwaltungsangestellten und Politikern sprechen, um das Leben in den Unterkünften zu verbessern.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die an unserer Studie teilgenommen haben!

Wenn Sie noch Fragen haben, können Sie uns hier erreichen:

Dr. Simone Christ simone.christ@bicc.de

Dr. Esther Meininghaus esther.meininghaus@bicc.de

Tim Röing tim.roeing@bicc.de

Tel.: 0228 91196-28

www.bicc.de